

***Renate Geuter**, Mitglied in der SPD Fraktion des Niedersächsischen Landtags, finanz- und haushaltspolitische Sprecherin, Mitglied im Ausschuss für Haushalt und Finanzen, im Unterausschuss Rechnungsprüfung und im Ausschuss für den ländlichen Raum, Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz.*

## **Newsletter 02/2008**

Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Interessierte, ein interessantes politisches Jahr liegt fast hinter uns. Ich hoffe, dass ihr/Sie alle in den nächsten Tagen ein bisschen entspannen und die Feiertage im Kreise der Familie verbringen könnt und wünsche euch/Ihnen geruhsame Festtage und ein gesundes Jahr 2009.

Für Hinweise, kritische Anmerkungen und weitere Anregungen bin ich natürlich sehr dankbar. Falls einer von euch/Ihnen diesen Newsletter zukünftig nicht mehr erhalten möchte, bitte ich um Mitteilung, ebenso natürlich auch, wenn wir bei der Verteilung des Newsletters interessierte Personen noch vergessen haben.

Bei meiner politischen Arbeit bin ich darauf angewiesen, von euch/Ihnen über die konkreten Auswirkungen landespolitischer Entscheidungen vor Ort informiert zu werden. Von daher möchte ich euch/Sie alle recht herzlich um Informationen darüber bitten, wo es eurer/Ihrer Meinung nach noch Handlungsbedarf auf Landesebene gibt oder wo landesrechtliche Regelungen vor Ort zu problematischen Situationen führen.

Eure/Ihre  
*Renate Geuter*

### **Aus Hannover**

#### **SPD fordert Schutzschirm für Arbeitsplätze**

Die aktuelle Finanzmarktkrise in ihrer einmaligen Größenordnung zeigt deutlich die Notwendigkeit und Aktualität staatlichen Handelns, mit dem den Märkten Spielregeln aber auch Grenzen gesetzt werden. Aus diesem Grunde beantragte die SPD-Landtagsfraktion, dass alle Möglichkeiten, die ein Bundesland hat, ausgeschöpft werden, um negative Auswirkungen auf die wirtschaftliche Entwicklung Niedersachsens und damit auf die Arbeitsplätze weitestgehend zu verhindern. Unter anderem beantragte die SPD-Fraktion, dass

- auch Kommunen in schwieriger Haushaltslage, die Möglichkeit eröffnet wird, Förderprogramme zur energetischen Erneuerung und Modernisierung von Gebäuden in Anspruch zu nehmen.
- den kommunalen Schulträgern, die dringend erforderliche Sanierung von Schulgebäuden auch bei angespannter Haushaltslage durch eine Flexibilisierung der Genehmigungspraxis der Kommunalaufsicht zu ermöglicht wird, bei gleichzeitigem Nachweis der wirtschaftlichen Amortisierung der Investitionen.
- das bestehende Sportstättenanierungsprogramm des Landes Niedersachsen deutlich aufgestockt wird, um damit zur Auflösung des Sanierungsstaus beizutragen und beschäftigungswirksame Investitionen auszulösen.
- Investitionen in die Landesstraßen getätigt werden.

- ein Programm zur energetischen Sanierung der landeseigenen Liegenschaften erarbeitet wird.

Damit zukünftig Finanzmarktkrisen in dieser Dimension, verursacht durch Markttradikale, nicht mehr möglich sind, forderte in dem Antrag die SPD-Fraktion, dass sich die Landesregierung auch im Bundesrat für eine Neuregelung des Finanzsektors einsetzt, die zu einer neuen Balance zwischen Finanzmärkten und Staat führt und, dass

- Steueroasen ausgetrocknet werden.
- eine höhere Liquiditäts- und Eigenkapitalvorsorge berücksichtigt werden müssen.
- eine strengere Bilanzierungspflicht der Finanzinstitute eingeführt wird.
- auf Grundlage eines internationalen Verhaltenskodexes, Regelungen zu erarbeiten sind, die für individuelles Fehlverhalten auch zukünftig Sanktionen folgen.
- die Regulierung von Hedge-Fonds (Heuschrecken) und Private-Equity-Fonds verbessert wird.

Alle diese geforderten Maßnahmen sollen bewirken, dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, nicht oder möglichst wenig, die Fehler der Finanzmogule ausbaden müssen. Alle anderen Fraktionen haben ebenfalls Anträge zu diesem Themenkomplex erarbeitet, dazu wird im Januar 2009 eine Anhörung im Haushaltsausschuss des Landtages stattfinden.

### **Landeshaushalt glänzt durch mangelnde Schwerpunkte**

Die Haushaltspolitik der Landesregierung lässt keine Schwerpunkte erkennen. Dies galt schon für den ursprünglichen Haushaltsplanentwurf aus dem Sommer 2008. Auch dort waren für die Zukunft des Landes zentrale Handlungsfelder nicht angemessen gewichtet. Diese Fehljustierung ist das Resultat eines einzig auf das Ziel einer möglichst schnellen Absenkung der Nettokreditaufnahme fixierten Regierungshandelns. Die Zukunft des Landes hängt jedoch nicht nur von der auch nötigen Absenkung der Nettokreditaufnahme ab. Genauso wichtig, und im Zuge der Finanzmarktkrise umso wichtiger, ist eine Finanzausstattung der zentralen Zukunftsfelder des Landes. In ihrem Haushaltsantrag beantragte die SPD-Landtagsfraktion unter anderem, dass

- ausreichend Mittel für einen Substanzerhalt des Landesvermögens (z. B. Landesstraßen) und energetische Sanierungen bereit gestellt werden.
- verstärkte Investitionsanreize des Landes und der Kommunen für die Realwirtschaft und der beschleunigte Abfluss der schon vorhandenen EU-Fördermittel erfolgen.
- soziale Gerechtigkeit, Gesundheit unserer Kinder und ausreichende Hilfen für junge Familien – dazu gehören die Abschaffung der Studiengebühren, Lernmittelfreiheit, Einrichtung eines Sozialfonds für Schülern und Schülerbeförderung eine Selbstverständlichkeit sind und dafür ausreichende Mittel eingestellt werden.
- Landesbeschäftigte gerecht entlohnt werden, z. B. durch die Wiedereinführung von Weihnachtsgeld.

Für alle geforderten Maßnahmen wurde eine Gegenfinanzierung vorgelegt. Wie nicht anders zu erwarten war, wurde der Antrag abgelehnt.

Beide Anträge sind über meine Homepage in Gänze abzurufen [www.renategeuter.de](http://www.renategeuter.de)

## **Land will Gesamtschulen nur als Light-Version bewilligen**

Nicht nur, dass mit dem neuen Schulgesetz die Neugründung von Ganztagschulen, trotz vorheriger Wahlkampfaussagen, insbesondere im ländlichen Raum fast unmöglich gemacht wurde, nun dreht die Landesregierung bei der Bewilligung von Gesamtschulen an dem Prinzip, dass diese in der Regel ganztags verpflichtend organisiert sind. Nach Auffassung der Verantwortlichen in Hannover, sollen in der Personalausstattung nur zwei Tage Ganztagsbetrieb finanziert werden. Damit wird das Grundprinzip des gemeinsamen Lernens und Zusammenlebens konterkariert, was eine wesentliche Grundlage für den Erfolg von Gesamtschulen ist. Weiter zu berücksichtigen ist, dass bei einem nur an zwei Tagen stattfindenden Ganztagsbetrieb die Vielfalt der angebotenen Arbeitsgruppen Schaden nimmt.

## **Aus der Region**

### **Werden Betreuungsvereine zu Akquisevereinen degradiert?**

**Cloppenburg/Wildeshausen.** Die Landesregierung plant, die Richtlinien für die Bezuschussung der Betreuungsvereine mit Wirkung vom 01.01.2010 zu verändern. Es ist geplant, den Anteil der Bezuschussung, der für die erfolgreiche Anwerbung von ehrenamtlichen Betreuerinnen und Betreuern gezahlt wird, deutlich gegenüber dem Festbetrag zu erhöhen. Dieses bestätigte die Landesregierung auf eine Anfrage, die Renate Geuter im Dezemberplenum gestellt hatte. Die Folge wäre, dass die so wichtige Arbeit der Betreuungsvereine, die die Betreuung und Schulung der ehrenamtlichen Betreuerinnen und Betreuer sowie die Aufklärung der Öffentlichkeit über Vorsorgevollmachten und Betreuungsverfügungen umfasst, eingeschränkt werden müsste. Damit würden die Betreuungsvereine zu reinen „Akquisevereinen“ degradiert.

### **Jugendwaldheime bald privatem Kapital ausgeliefert?**

**Großenkneten.** Im Sommer 2008 gründete der Verwaltungsrat des Landesbetriebes „Niedersächsische Staatsforsten“ die Stiftung „Zukunft Wald“. Diese Stiftung soll unter anderem zum Ziel haben, waldbezogene Natur- und Artenschutzmaßnahmen sowie Umweltbildungsprojekte in Niedersachsen zu fördern oder durchzuführen. Diese Aufgaben wurden bis dato von den Niedersächsischen Staatsforsten direkt wahrgenommen. Die Jugendwaldheime, wie zum Beispiel das Jugendwaldheim Ahlhorn, wären demnach zukünftig hauptsächlich aus den Erträgen der Stiftung zu finanzieren. Das Stiftungskapital von zwei Millionen Euro ist aus den Erlösen der niedersächsischen Landesforsten geflossen. Dieses ist zu Lasten der Zuführung in Rücklagen der Landesforsten geschehen, der Zufluss an die Stiftung hätte eigentlich aus dem Landeshaushalt kommen müssen. Es besteht der Verdacht, dass die so wichtigen Einrichtungen wie das Jugendwaldheim Ahlhorn von dem Wohl und Wehe einer Stiftung abhängig werden und damit von der „Spendierfreudigkeit“ privater Kapitalgeber, zumal den Landesforsten durch die Finanzierung des Stiftungskapitals Geld entzogen wurde. Von den Gewinnen der Niedersächsischen Staatsforsten aus Holzeinschlag verbleiben nur noch 40 % bei dem Landesbetrieb, der Löwenanteil fließt in den Landeshaushalt. Damit wird dem niedersächsischen Wald mit seiner so wichtigen Funktion im Rahmen des Naturschutzes faktisch Geld entzogen und wertvolle Projekte den Schwankungen der privaten Wirtschaft überlassen.

## **Geuter befürchtet mittelfristig eine Schließung der Außenstelle Wildeshausen der Landesschulbehörde**

**Wildeshausen.** Nachdem Niedersachsens Bildungsministerin Elisabeth Heister-Neumann im Haushaltsausschuss des Landtages ankündigte, die Schulbehörde neu zu strukturieren, den Personalabbau fortzusetzen und kleinere Standorte zu schließen, befürchtet Renate Geuter mittelfristig, dass auch die kleine Außenstelle der Landesschulbehörde in Wildeshausen darunter fällt. „Wir fordern die hiesigen Landtagskollegen der Regierungsparteien auf, sich in Hannover dafür einzusetzen, dass Wildeshausen von einer Schließung nicht betroffen sein wird“, so Geuter. Schließlich sei vor der Wahl versprochen worden, den ländlichen Raum zu stärken. Mit einem Abzug weiterer Landesverwaltungen aus dieser Region, würde aber genau das Gegenteil gemacht. Es ist ungemein wichtig, dass gerade nach Einführung der eigenverantwortlichen Schulorganisation für die Lehrer und Schulleiter die Außenstelle in Wildeshausen als nahegelegener Ansprechpartner der Landesschulbehörde erhalten bleibt. Es könne auch nicht sein, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Behörde, die schon jetzt unter erheblicher Arbeitsbelastung stehen, noch mehr belastet werden, indem weiter Personal reduziert wird. Nachdem in der hiesigen Presse die Befürchtungen von Renate Geuter veröffentlicht wurden, ruderte die Landesregierung offensichtlich zurück. Zunächst sei doch keine Schließung von Außenstellen geplant, der für 2009 vorgesehene Personalabbau wird zumindest teilweise zurückgenommen.

## **Nds. Erdkabelgesetz darf nicht durch bundesgesetzliche Regelungen unterlaufen werden**

**Landkreis Oldenburg/Harpstedt.** Mit dem Niedersächsischen Erdkabelgesetz vom Dezember 2007 sollte eine Beschleunigung des Netzausbaus sowie eine bessere Akzeptanz der Bürgerinnen und Bürger für diesen Netzausbau erreicht werden. Durch die Verabschiedung des Bundesgesetzes zum Ausbau von Energieleitungen (Energieleitungsausbaugesetz) zur Beschleunigung des Ausbaus der Höchstspannungsnetze könnten die Intentionen dieser niedersächsischen Regelungen unterlaufen werden, befürchten die Vertreter der IG Vorsicht Hochspannung, Frank Windhorst, Kai Pfänder und Gerd von Seggern von der Arbeitsgemeinschaft gegen Elektrosmog (AGE) aus Ganderkesee sowie die Landtagsabgeordneten Renate Geuter, Axel Brammer und der Bundestagsabgeordnete Holger Ortel bei einem Treffen am Donnerstagabend in Harpstedt in Anwesenheit des Samtgemeindebürgermeisters Uwe Cordes. Das niedersächsische Gesetz habe schon die Entscheidung für den Antrag auf Planfeststellung für eine Erdverkabelung ausschließlich in das Ermessen des Netzbetreibers gestellt und sei auch an mehreren Stellen sehr lückenhaft gewesen. Dies sei auch der Grund für die Ablehnung des Niedersächsischen Erdkabelgesetzes durch die SPD-Fraktion gewesen, so die beiden Landtagsabgeordneten.

„Verwunderlich ist aber vor allem, dass die Landesregierung nicht einmal ihr eigenes Gesetz innerhalb der letzten zwölf Monate durch ein rechtswirksames Vorantreiben des Verfahrens im Falle der Hochspannungsleitung von Ganderkesee nach St. Hülfe umsetzt“, so Renate Geuter. „Ganz offensichtlich war das niedersächsische Erdkabelgesetz von Anfang an ein zahnloser Tiger,

das den Netzbetreibern eine Hinhaltenaktik ermöglicht, um doch bei einer für sie eventuell günstigeren Rechtslage doch noch eine vollständige Freileitung durchsetzen zu können“, erklärte die Landtagsabgeordnete.

Im Zuge des Gesetzgebungsverfahrens auf Bundesebene habe Ministerpräsident Christian Wulff zwar im Bundesrat die erste Version verhindert, aber seine eigenen

Kollegen im Bundesrat, insbesondere aus Bayern fallen ihm in den Rücken, erklärte Holger Ortel. Es stehe zu befürchten, dass in dem vermutlich im Februar zu verabschiedenden Gesetz, die zur Zeit noch vorgesehen Pilotstrecken für eine Erdverkabelung, zu der auch die hiesige Trasse gehört, nicht mehr vorkommen oder mit weichen Kannregelungen versehen sind. „Dann tritt die alte raumordnerisch festgelegte Trasse ohne Erdverkabelung wieder in Kraft und E.ON kann machen, was sie will“, so Geuter und Brammer.

Bundestagsabgeordneter Holger Ortel organisierte noch während des Gespräches, dass Ende Januar die Interessenvertretungen sich zusammen mit den beiden hiesigen Landtagsabgeordneten mit der Landesgruppe Niedersachsen treffen können, um auch auf Bundesebene die Sensibilität für die Belange der betroffenen Bewohnerinnen und Bewohner zu verbessern und vor allem die bisher immer auftauchenden Fehlinformationen über die Bedingungen einer unterirdischen Netzanbindung auszuräumen.

### **Naturschutz im Vehnemoor – eine unendliche Geschichte?**

**Landkreis Cloppenburg.** „Das Naturschutzgebiet „Vehnemoor“ befindet sich naturräumlich innerhalb der Hunte-Leda-Moorniederung und bildet die größte noch verbliebene zusammenhängende Moorlandschaft innerhalb des historisch erheblich ausgedehnteren Moorkomplexes gleichen Namens“, so beginnt §2 des Entwurfs der Verordnung über das Naturschutzgebiet „Vehnemoor“ in der Gemeinde Bösel, Landkreis Cloppenburg, und der Gemeinde Edewecht, Landkreis Ammerland, aus dem Jahre 2001. Das Vehnemoor wurde 1981 in das Moorschutzprogramm des Landes Niedersachsen aufgenommen. Im Zuge der Erteilung von einzelnen Abbaugenehmigungen konnten vor nahezu 20 Jahren schon einige besonders wertvolle Teilbereiche als Naturschutzgebiete sichergestellt werden. Es war beabsichtigt, diese Ausweisung von Naturschutzgebieten im Vehnemoor weiterzuführen mit dem Ziel, einen Großteil der Moorflächen zwischen Oldenburg und Papenburg zu einem zusammenhängenden Moorschutzgebietsystem zu entwickeln. Das Verfahren zur Unterschutzstellung des Vehnemoores erfolgte im Einvernehmen mit den betroffenen Torfabbaubetrieben. Erst nach einer rechtsverbindlichen Entscheidung über alle vorliegenden Abbauanträge konnte es zum Abschluss gebracht werden, weil in den einzelnen Torfabbaugenehmigungen auch die nachfolgenden Renaturierungsmaßnahmen geregelt wurden. Die Vereinbarungen mit den Torfabbaubetrieben konnten im Jahre 2007 zum Abschluss gebracht werden. In den Bereichen, wo die Torfabbaumaßnahmen bereits vollzogen wurden, erwies sich die nachfolgende Wiedervernässung als sehr erfolgreich. Der Ausweisung der bereits im Verordnungsentwurf 2001 bezeichneten Moorflächen steht daher nichts mehr im Wege. Es soll auch bereits seit Monaten ein Vorschlag des NLWKN zur Unterschutzstellung der Moorflächen beim zuständigen Umweltminister zur Unterzeichnung vorliegen.

Vor diesem Hintergrund wurde die Landesregierung gefragt:

- Wie ist der aktuelle Sachstand für eine Schutzgebietsausweisung und welcher Schutzgebietsentwurf liegt der Landesregierung Vehnemoor vor und – falls

das der Fall ist – wann erfolgt die vollständige Umsetzung der Schutzgebietsausweisung mit welcher Verordnung?

- Welche konkrete Veränderungen beim Umfang des ursprünglich beabsichtigten Schutzgebietes von 1720 ha hat es in der Zwischenzeit gegeben , möglicherweise durch Ausweisung von Pufferzonen zwischen Naturschutzgebiet und landwirtschaftlichen Flächen und an welchen Standorten und in welcher Größenordnung sind diese angesiedelt (bitte kartographisch darstellen) ?
- Was hat sich im Verlauf des Verfahrens inhaltlich genau an der Schutzgebietsverordnung verändert (Text im Vergleich bitte darstellen) und wie sind die jeweiligen Begründungen dafür?

Tatsächlich ist im November endlich die Unterschutzstellung des Veenemoores erfolgt. Die von vielen Landwirten geforderte und vom Umweltminister bereits zugesagte breite Pufferzone auf der zur Wiedervernässung vorgesehenen Fläche ist dank des Engagements vieler Naturschutzverbände damit gottseidank vom Tisch.

### **Spätabendliche Zugverbindung Oldenburg - Osnabrück**

Der Zugbetrieb auf der Bahnlinie Oldenburg – Osnabrück hat, nachdem die noch vor Jahren geplante Stilllegung abgewendet werden konnte, eine sehr positive Entwicklung genommen. Ein attraktives Angebot, das sich an den Lebensrealitäten der Menschen orientiert, hat zu einer ständig steigenden Nachfrage und damit auch zu einem wirtschaftlichen Betrieb dieser Bahnstrecke geführt. Sich verändernde, gesellschaftliche Rahmenbedingungen und eine fortschreitende Flexibilisierung der Arbeitswelt haben dazu geführt, dass es eine immer größere Nachfrage nach einer zusätzlichen spätabendlichen Zugverbindung nach 22:29 Uhr gibt. Auch der demografische Wandel und der damit verbundene Anstieg des Anteils älterer Menschen sorgen für eine stärkere Nachfrage nach einem zusätzlichen Zugangebot, weil ältere Menschen weiterhin einen Anspruch auf Teilhabe am gesellschaftlichen Leben haben und häufig auf Mobilität außerhalb des Individualverkehrs angewiesen sind. Es sei noch daran erinnert, dass die Landkreise Cloppenburg und Oldenburg zu den Regionen mit positiver Bevölkerungsentwicklung gehören und damit die Nachhaltigkeit der Nachfrage nach Zugverbindungen sicherstellen.

Vor diesem Hintergrund unterstützt Renate Geuter uneingeschränkt das Anliegen der betroffenen Städte und Gemeinden für einen Spätzug von Oldenburg Richtung Cloppenburg. Die beeindruckende Anzahl der Unterschriften, die zur Unterstützung dieses Vorhabens gesammelt werden konnte, zeigt deutlich, dass der Wunsch nach einem Spätzug von den Bürgerinnen und Bürgern ausgeht.

Diese Initiative hat erfreulicherweise schon zu der konkreten Zusage der Landesnahverkehrsgesellschaft für einen Spätzug geführt.

Liebe Genossinnen und Genossen, liebe politisch Interessierte, wenn ihr/Sie zu diesen oder anderen landespolitischen Themen noch Fragen habt, bitte ich euch/Sie um Mitteilung

Eure

*Renate Geuter*